



Antrag

Vorlage-Nr.:	AT/0078/2016		Datum:	02.09.2016	
Verfasser:	05-FBG-Ratsfraktion	Az:			
Gremienweg:					
15.09.2016	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich	<input type="checkbox"/> ohne BE	
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt	
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert	
TOP öffentlich		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen		
Betreff:	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen FGB, FDP und Bündnis 90/ Die Grünen: Vereinlotse in der Verwaltung				

Beschlusssentwurf:

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob es eine Möglichkeit gibt, bei der Verwaltung einen Vereinslotsen einzusetzen.

Begründung:

Das Ehrenamt in allen Bereichen kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Vereine benötigen jede Unterstützung, die die Verwaltung geben kann, um das Ehrenamt und seine Arbeit zu erleichtern. Durch das Ehrenamt spart die Stadt Koblenz Gelder in mehrfacher Millionenhöhe. Die Verantwortlichen in den Vereinen leisten unentgeltlich viele Stunden Arbeit. Meist stecken die Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler sogar noch eigenes Geld in ihre Vereine oder Gruppierungen.

Die einzige Möglichkeit, wobei Vereine für ihre Arbeit ein paar Euro verdienen können sind Veranstaltungen. Die Genehmigungen dieser Veranstaltungen liegt bei der Stadt. Oftmals wissen die Verantwortlichen in den Vereinen aber gar nicht, was hier zu tun ist. Welche Anträge sind zu stellen? Welche Formulare müssen ausgefüllt werden? Welche Ämter sind zu kontaktieren? Welche Bedingungen sind zu erfüllen? Darf an diesem Ort überhaupt gefeiert werden?

Es gibt noch viele Punkte mehr, die aufgeführt werden könnten.

Die Vereinslotsen könnten beim Ordnungsamt oder beim Bürgeramt angesiedelt werden. Parallel wäre auch eine digitale Unterstützung denkbar. Es soll keine neue Stelle geschaffen werden.

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, welche Möglichkeiten es hierzu geben könnte. Die Ergebnisse sind dem Haupt- und Finanzausschuss vorzustellen.